



Per E-Mail:  
Herrn  
Roland Hoyer

[Hoyer.Augsburg@icloud.com](mailto:Hoyer.Augsburg@icloud.com)

**Prof. Dr. Gerhard  
Waschler, MdL**

Vorsitzender des  
Arbeitskreises für Bildung  
und Kultus

München, 06.02.2020  
Wo/eb  
(bitte bei Antwort angeben)

Sehr geehrter Herr Hoyer,

vielen Dank für Ihr engagiertes Schreiben vom Januar, das Sie auch an zahlreiche meiner Kolleginnen und Kollegen in der CSU-Fraktion geschickt haben. Gerne darf ich Ihnen als bildungspolitischer Sprecher meiner Fraktion antworten.

Zunächst möchte ich Ihnen versichern: Wir in der CSU-Fraktion schätzen sehr die großartige Arbeit, die die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer tagtäglich leisten. Uns ist völlig klar, dass die Aufgaben der Grundschulen in den letzten Jahren noch vielfältiger geworden sind. Sie nennen dafür in Ihrem Schreiben einige Bereiche. Genau deshalb hat die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag als Haushaltsgesetzgeber in den letzten Jahren enorme Investitionen im Schulbereich auf den Weg gebracht, die die Lern- und Arbeitsbedingungen an unseren Schulen spürbar verbessert haben. So haben wir seit 2008 17.300 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Damit konnte z.B. die Relation Schüler / Lehrer an den Grundschulen von 18,7 (2008/2009) auf 16,7 (2018/2019) gesenkt werden. Bayern investiert mehr als ein Drittel seines Haushaltsvolumens in die Bildung – vom Kindergarten bis zur Hochschule. Allein der Etat des Kultusministeriums ist in den Jahren von 2008 bis 2019 um 4,5 Mrd. Euro von 8,6 Mrd. Euro auf 13,1 Mrd. Euro gestiegen. Den gewachsenen Aufgaben stehen folglich auch entsprechend mehr Personalressourcen gegenüber. Die Tatsache, dass nun der Bedarf an Lehrkräften so hoch ist, liegt nicht zuletzt auch darin begründet, dass wir die Personalausstattung mit der Zeit so stark verbessert haben und wir die Schüler-/Lehrer-Relation jetzt nicht wieder verschlechtern wollen.

Natürlich ist mir bewusst, dass die vom Kultusministerium angekündigten Maßnahmen keine Freude auslösen. Denn diese stellen unbestritten eine Belastung für die Lehrkräfte an den betroffenen Schularten dar. Sie sind

Maximilianeum  
81627 München  
Telefon 089/4126-0  
Telefax 089/4126-1489  
[csu@csu-landtag.de](mailto:csu@csu-landtag.de)  
[www.csu-landtag.de](http://www.csu-landtag.de)

aber leider erforderlich, um kurzfristig die Versorgung unserer Schulen mit qualifiziertem Personal sicherzustellen. Schnell wirkende, theoretisch denkbare Alternativen wie die Vergrößerung von Klassen oder der Einsatz von Quer- bzw. Seiteneinsteigern in größerem Umfang stehen aus Sicht der CSU-Fraktion aus pädagogischen Erwägungen und aus Gründen der Qualität nicht ernsthaft zur Wahl. Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern sind hier Warnung genug! Auch eine Kürzung der Stundentafel, wie sie die GEW jetzt vorschlägt, ist für uns im Interesse der Schülerinnen und Schüler kein gangbarer Weg.

Sie haben natürlich völlig Recht, dass die Besoldung nicht ohne Bedeutung für die Attraktivität der unterschiedlichen Lehrämter ist. Daher haben wir bereits mit dem Haushaltsgesetz 2009/10 erstmals zwei funktionslose Beförderungsämtel für Grund- und Mittelschullehrkräfte bis hin zum Studienrat geschaffen. Im aktuellen Doppelhaushalt 2019/20 wurden dafür weitere 1.000 Beförderungsmöglichkeiten geschaffen, und im Nachtragshaushalt 2020 sollen noch einmal 2.000 weitere hinzukommen. Die Besoldungsperspektiven für die Lehrkräfte an diesen Schularten werden also stetig spürbar verbessert. Aufgrund dieser Stellenausstattung hat mittlerweile jede Grund- und Mittelschullehrkraft die Chance, im Lauf ihres Berufslebens auch ohne Übernahme einer Leitungsfunktion zwei Mal befördert zu werden und bis zu ihrem Ruhestandseintritt ein Amt der Besoldungsgruppe A 13 zu erreichen. Diese deutlich gestiegenen Besoldungsperspektiven an den Grund- und Mittelschulen sind Ausdruck der politischen und gesellschaftlichen Wertschätzung für die Lehrkräfte und dienen auch der Attraktivität des Lehrerberufes. Dies gilt übrigens auch für den Wegfall der Eingangsstufe, die zum 1. Januar 2020 wirksam wurde und die für Berufsanfänger an Grundschulen, zusammen mit der allgemeinen Bezügeanpassung 2020, ein Plus von 291,- Euro pro Monat bedeutet.

Bei der Umsetzung der dienstrechtlichen Maßnahmen wird der Freistaat seiner sozialen Verantwortung als Arbeitgeber gerecht, indem er beispielsweise die familienpolitische Teilzeit nicht antastet. Die Antragsteilzeit ab 60 Jahren ist weiterhin möglich, ebenso wie Stundenreduzierungen bei begrenzter Dienstfähigkeit. Durch das Arbeitszeitkonto sind im nächsten Schuljahr nur ein Viertel der Grundschullehrkräfte betroffen. Die anstehende Mehrarbeit wird also mit großer Behutsamkeit verteilt.

Der Spielraum dafür wurde u.a. dadurch geschaffen, dass CSU-Fraktion und Staatsregierung bereits vor einigen Jahren Maßnahmen wie etwa die Zweitqualifizierung von Realschul- bzw. Gymnasiallehrkräften für die Grund- und Mittelschule ergriffen haben, um die Lehrerversorgung zu sichern. Diese Zweitqualifikation soll gestärkt werden. Darüber hinaus streben wir an, Lehrkräfte und Schulleitungen weiter von Verwaltungsaufgaben zu entlasten, insbesondere über eine Aufstockung der Mittel und Stellen für Verwaltungsangestellte an den Schulen.

Sie führen in Ihrem Schreiben einige kurz- und langfristige Maßnahmen auf, die helfen sollen, den Lehrerberuf zu decken. Diese nehmen wir als willkommene Anregung sehr gerne an. Schon seit ein paar Wochen sind wir mit der Staatsregierung im intensiven Austausch und prüfen, wie wir die Möglichkeiten für Pensionisten, erneut an Schulen tätig zu werden, noch attraktiver machen können. Auch ist bereits beschlossen, dass die neu aufgesetzte Evaluation im kommenden Schuljahr an Grund-, Mittel- und Förderschulen auf ein Minimum reduziert wird. Über die noch engere Zusammenarbeit über Schulumtsgrenzen hinweg wird in den Regierungsfractionen und der Staatsregierung ebenfalls schon sehr ernsthaft nachgedacht. Sie sehen also, dass einige Ihrer Anregungen bereits aufgegriffen wurden, die anderen haben wir zur sachlichen Prüfung ins Kultusministerium gegeben.

Mittelfristig müssen wir in jedem Fall dafür sorgen, dass genügend Lehrkräfte für alle Schularten ausgebildet werden können. Daher hat bereits im Sommer 2018 der damalige Kultusminister Sibler die Schaffung von zusätzlichen 700 Studienplätzen für das Grundschullehramt eingeleitet. Ministerpräsident Dr. Söder hat bei unserer jüngsten Fraktionsklausur in Seeon angekündigt, nochmals weitere 300 Studienplätze für das Lehramt an Grundschulen zu schaffen. Damit dürfte die Versorgung unserer Grundschulen mittelfristig gesichert sein. Und auch für die Sonderpädagogen werden derzeit die Ausbildungskapazitäten spürbar vergrößert, insbesondere durch einen neuen Studienstandort in Regensburg und die spürbare Aufstockung der Kapazitäten an den Universitäten München und Würzburg.

Im Übrigen loben auch kritische Bildungsforscher die bayerische Politik. So hat unlängst Dirk Zorn von der Bertelsmann-Stiftung der bayerischen Personalplanung attestiert, „es exemplarisch gut“ zu machen. Die nun ergriffenen Maßnahmen zeigten „einfach die Schwierigkeit der Materie“. Im Vergleich zu anderen Bundesländern sind die Probleme in Bayern daher deutlich geringer. Wie Herr Zorn würden auch wir natürlich freiwillige Maßnahmen bevorzugen. Ich hoffe deshalb sehr, dass sich möglichst viele Lehrkräfte finden, die beispielsweise durch die Aufstockung ihrer (familienpolitischen) Teilzeit die Situation an ihrer Schule entspannen, oder dass Pensionisten zur Unterstützung motiviert werden können.

Sie sehen also, dass wir gemeinsam mit der Staatsregierung durch die unterschiedlichsten Initiativen und Stellschrauben – jenseits der dienstrechtlichen Maßnahmen – an einer sicheren Unterrichtsversorgung im Sinne der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer in Bayern arbeiten.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Gerhard Waschler, MdL